



## PRESSEMITTEILUNG

Verantwortlich: Christian Gött, Vorsitzender  
Gartenstraße 55, 63225 Langen  
E-Mail: chgoett@googlemail.com  
Telefon: 0176/20132279

Langen, den 16. Januar 2016

### CDU Langen fordert: Kita-Chaos muss ein Ende haben

Besorgt äußert sich die Langener CDU zum Kita-Chaos in unserer Stadt.

„Die Informationspolitik von Bürgermeister Gebhardt (SPD) und Stadtrat Löbig (Grüne) ist ein Desaster. In der Presse und in der Stadt kursieren verschiedene Zahlen über die sich auf der Warteliste befindenden Kinder im U3- und Ü3-Bereich. Anscheinend hat das Verwaltungsduo selbst keinen Überblick mehr über die Situation. Es scheint Fakt zu sein, dass es sich um eine Zahl von **mindestens 200 Kindern** handelt, die 2015 trotz bestehenden Rechtsanspruchs keinen Betreuungsplatz im U3- und Ü3-Bereich bekommen haben. Die Verteilung der Plätze für 2016 steht nunmehr an. Wir fordern vom Magistrat der Stadt eine Auskunft darüber, wie viele Kinder auch 2016 keinen Platz erhalten werden. Wir befürchten, dass allein aus logischen Gesichtspunkten die Zahl der Kinder ohne Platz nur weiter ansteigen kann. Im Interesse der Kinder und Eltern ist es angebracht, eine klare Aussage zu machen, die tatsächlichen Zahlen zu nennen und damit für Transparenz zu sorgen. Ebenso ist es unserer Ansicht nach unerlässlich, den betroffenen Eltern die Position ihres Kindes auf der Warteliste

mitzuteilen, und zu erläutern“, erklärt der Vorsitzende der CDU Langen, Christian Gött.

*Nach den dem CDU Stadtverband vorliegenden Informationen beschränkt sich die Kommunikation mit den Eltern seitens der Stadt lediglich auf eine Bestätigung der Anmeldung des Kindes, wobei es für die Erziehungsberechtigten wichtig ist zu wissen, ob ihr Kind auf Platz 30 – und damit ggf. eine Chance auf einen Platz hat – oder auf Platz 110 steht. Zu dieser Frage erhalten Eltern - auch auf explizite Nachfrage bei der Stadt - keine Auskunft.*

„Wir sind besonders besorgt über die nun publik gewordenen Informationen bezüglich der Klage eines Elternpaares gegen die städtische Vergabep Praxis der knappen Plätze. Wenn wir die Erklärungen des Ersten Stadtrats Löbig (*Langener Zeitung vom 8.01.2016*) richtig interpretieren, war dem Magistrat bekannt, dass die aktuelle Vergabep Praxis höchstwahrscheinlich rechtswidrig ist. Wir halten es für äußerst beunruhigend, dass die Stadt auf Grundlage möglicherweise rechtswidriger Kriterien die Vergabe von Kita-Plätzen vornimmt. Ich werde die Fragen, die diese Thematik aufwirft auch offiziell in meiner Funktion als Stadtverordneter dem Magistrat der Stadt vorlegen“, betont der Spitzenkandidat der CDU zur Kommunalwahl, Jörg Nörtemann.

„Neben der Tatsache, dass dem erfreulichen Zuzug von Neubürgern kein Konzept der Stadt entgegensteht, das den Ausbau der städtischen Infrastruktur in gleichem Maße sicherstellt, ist für uns auch die ideologische Entscheidung der rot-grünen Mehrheit im Stadtparlament, einkommensabhängige Kita-Gebühren einzuführen, mit für die Misere verantwortlich.

Aus der Verwaltung, von den freien Trägern, vom Gesamtelternbeirat und den anderen Parteien wurde vor der Einführung dieser Gebührensatzung und dem damit zusammenhängenden Verwaltungsaufwand gewarnt. Wir haben den

Eindruck, dass der sonst so verlässlich arbeitende Fachdienst 23 durch den enormen bürokratischen Aufwand, die einkommensabhängigen Gebühren einzuführen und zu verwalten, schlichtweg überlastet ist. Hier zeigt sich das Ergebnis des Zusammentreffens von rot-grüner Ideologienpolitik und der Realität in Langen. Es scheint klar zu sein, dass der Fachdienst aufgrund dieser hohen Belastungen nicht die Prioritäten setzen kann, die notwendig sind, nämlich alles dafür zu tun, dass die Kapazitäten in Langen zeitnah und spürbar vergrößert werden. Kaum zusätzliche Plätze schaffen die als Ersatzbauten konzipierten Kitas auf dem alten SSG-Platz und künftig im Belzborngbiet. Diese Millionen-Investitionen dienen damit nicht der Bewältigung der Betreuungskrise.“ erläutert Christian Gött.

*Die Langener Christdemokraten hätten sich gewünscht, dass die Verantwortlichen bei SPD und Grünen schon früher auf die Warnungen der bürgerlichen Parteien im Parlament gehört hätten. Die CDU hatte eine lineare Erhöhung der Kitabeiträge in Absprache mit dem Gesamtelternbeirat vorgeschlagen. Die oft zitierte sogenannte „Drittel-Lösung“ kommt für die CDU dabei allerdings auf keinen Fall in Frage. Eine faire Lastenverteilung im Konsens zwischen Stadt, Land und Eltern muss das erklärte Ziel sein.*

„SPD und Grüne deuten bei fast allen in Langen vorliegenden Problemen reflexartig mit dem Finger abwechselnd nach Wiesbaden oder Berlin. Dies ist in Zeiten des Wahlkampfes verständlich, allerdings ist es auch ein Fakt, dass in anderen Kommunen im Kreis Offenbach die Probleme, wie es sie mit der Betreuungssituation in Langen gibt, gut gelöst werden können“, so der stellvertretende Vorsitzende des CDU Stadtverbands, Tobias Kraut.

„Um die dringend notwendigen Kinderbetreuungskapazitäten zu schaffen und den Rechtsanspruch zu erfüllen, kommt für die CDU Langen nur eine

konsequente Zusammenarbeit mit freien Trägern in Frage, die in eigener Verantwortung Kindertagesstätten errichten und betreiben. Hier gibt es im Vergleich mit anderen Kommunen im Kreis Offenbach noch enormes Aufholpotential. Die Stadt ist gefordert, schleunigst aktiv zu werden, damit Kinder und Eltern nicht noch weitere Jahre unter dem akuten Platzmangel leiden müssen. Die CDU fordert den Magistrat auf, zügig ein Konzept vorzulegen, welches unbürokratische und pragmatische Lösungen aufzeigt, um einen Weg aus dieser Krise zu finden und somit auch in Langen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherzustellen“, schließt Jörg Nörtemann.